



EUROPABRIEF

Dr. Peter Jahr Hermann Winkler

Mitglieder des Europäischen Parlaments



Europabüros • Leipzig • Burgstädt • Bautzen • Chemnitz • Döbeln • Dresden • Plauen • Pirna • Zittau

Nr. 6 - September 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

Frieden? Wohlstand? Krise!

Nach der parlamentarischen Sommerpause sind wir schnell wieder in Europa angekommen. Kommissionspräsident Barroso hielt seine Rede zur Lage der Europäischen Union im Plenum des Europaparlaments in Straßburg. Und endlich scheint bei der Europäischen Kommission auch das angekommen zu sein, was wir seit langem fordern - Europa muss sich nicht um alles kümmern, was in Europa passiert! Aus Barrosos Mund klang das erstmalig so: Europa muss groß im Großen und klein im Kleinen sein.

Glühlampenverbot, die Regulierung von Staubsaugern oder das glücklicherweise gescheiterte Verbot der Olivenölkännchen sind unnötige Dinge, die der Vergangenheit angehören müssen. Die Krise können wir nur überwinden, wenn wir die Hände nicht in den Schoß legen, sondern die europäische Sache vom Kopf auf die Füße stellen. Es muss um die großen Fragen wie die außenpolitischen, wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen gehen, auf die wir nur alle gemeinsam in Europa Antworten finden können.

Es lohnt sich also weiter den Finger in die Wunde zu legen, damit das Gesamtprojekt Europa genesen kann und die Bürger Europa nicht den Rücken kehren.

Bevor wir in acht Monaten in 28 Mitgliedstaaten ein neues Parlament wählen, wird für uns in Deutschland erst einmal der kommende Sonntag entscheidend. Wir hoffen, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin bleibt und Deutschland weiterhin eine starke Stimme in Europa hat - für Frieden und Wohlstand.

Es grüßen Sie herzlich aus Brüssel



SCHLAGLICHTER

1 Europa aktuell

EU streitet über
Biokraftstoffpolitik

EU-Parlament gibt grünes
Licht für eine
europaweite
Bankenaufsicht

2 Standpunkt

"Raus aus dem Euro"
ist eben keine Alternative

3 Sachsen & Europa

Sächsische Termin-
vorschau

Impressum

Dr. Peter Jahr MdEP und Hermann Winkler MdEP

Europäisches Parlament, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel

Telefon: +32 228 47195 und +32 228 37306

www.peter-jahr.de und www.hermann-winkler.eu

E-Mail: peter.jahr@europarl.europa.eu und hermann.winkler@europarl.europa.eu

Bildnachweis: PHOTO © European Union

Europa aktuell

EU streitet über Biokraftstoffpolitik

Das bisherige Ziel der Europäischen Union war es, bis 2020 zehn Prozent des Kraftstoffes mit Biosprit abzudecken, um Treibhausgase einzusparen. Kritiker argumentieren, die verstärkte Nutzung und der zusätzliche Anbau von Nutzpflanzen für den benötigten Biokraftstoff hätte negative Effekte insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern. Dazu gehörten die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise und Rodungen von Waldflächen für die zusätzliche Produktion. Diese durchaus umstrittenen Effekte sollten nach Vorstellung der Europäischen Kommission durch eine Absenkung der Beimischungsquoten für Biosprit und durch sogenannte Iluc-Faktoren (zu Deutsch: indirekte Landnutzungsänderung), die solche indirekt durch die Europäischen Union verursachten Folgen in anderen Ländern abbilden, vermindert werden. Insbesondere diese von der Kommission am grünen Tisch entworfenen Faktoren sind nicht praxistauglich, da sie die bereits nachhaltig produzierten europäischen Rohstoffe mit einer Art "Strafzoll" benachteiligen. Sinnvoller wäre es, die negativen Landnutzungsänderungen direkt in den betroffenen Staaten mit regionalen Ansätzen zu bekämpfen.

Das Parlament hat sich nun mit knapper Mehrheit dafür entschieden, dass die Beimischung von konventionellem Biokraftstoff auf 6,5 Prozent gesenkt wird und die Iluc-Faktoren erst ab 2020 einbezogen werden. Dies soll die notwendige Zeit schaffen, um das Iluc-Modell noch einmal einer genauen Überprüfung zu unterziehen und gegebenenfalls nach Alternativen zu suchen. Man könne auch in eine Glaskugel schauen, um die Iluc-Faktoren zu berechnen, stellte Peter Jahr klar. Denn bisher gäbe es keine verlässliche Methode, die indirekten Effekte in anderen Ländern messbar zu machen.



EU-Parlament gibt grünes Licht für eine europaweite Bankenaufsicht



Die Finanzmarktkrise hat deutlich gezeigt, dass Finanzmärkte Regeln und Grenzen brauchen, die sie sich selbst nicht setzen können. Nun hat Europa die Konsequenzen aus der Finanzkrise gezogen: Das Europäische Parlament hat im letzten Straßburg-Plenum der neuen einheitlichen EU-Bankenaufsicht zugestimmt. Die rund 150 größten Banken der EU werden damit ab September 2014 unter direkte Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) gestellt. Kleine Banken wie die deutschen Sparkassen sind davon nicht betroffen und bleiben unter nationaler Aufsicht. Der Aufsichtsmechanismus schafft nun einheitliche Standards, stärkt die Bankenkontrolle und ist somit ein wichtiger Pfeiler einer vertieften Wirtschafts- und Währungsunion. Das Europaparlament erhält umfassende Kontrollrechte, indem die Abgeordneten nun schriftlich und umfangreich über den Verlauf der vertraulichen Diskussionen und die Entscheidungen der EZB informiert werden. Die neue gemeinsame Bankenaufsicht ist auch eine grundsätzliche Voraussetzung dafür, dass der Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) im Krisenfall Banken direkt Hilfe gewähren kann. So soll früh erkannt werden, wenn wichtige Banken in eine Schieflage zu geraten drohen, die auch die Staaten überfordern könnte. Allerdings handelt es sich wie bei so vielen EU-Entscheidungen wieder einmal um einen Kompromiss, da Einstimmigkeit im Rat Voraussetzung für dieses ambitionierte Projekt war: Teilnehmer sind die Eurostaaten sowie Länder, die freiwillig mitmachen - England mit seinem Finanzplatz London zählt leider nicht dazu.

Gewinnspiel "Unser Europa"

Der Verein Bürger Europas e.V. bietet ein interessantes Gewinnspiel zum Thema Europa. Das vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung unterstützte Quiz bietet den Teilnehmern die Möglichkeit, ihr Wissen rund um die Europäische Union zu testen. Unter den Einsendern mit dem richtigen Lösungswort werden fünf zweitägige Berlinreisen für je 2 Personen verlost. Der Verein fördert die voranschreitende Einigung Europas und den aktiven Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Das Quiz finden Sie unter folgendem Link: <http://www.buerger-europas.de/europaquiz/index.php>
Einsendeschluss des Lösungswortes ist der 30. November 2013.

„Raus aus dem Euro“ ist eben keine Alternative

So mancher Besucher des Europaparlaments reibt sich da die Augen: Dass im Plenum neben den Fraktionen, die wir auch aus Deutschland kennen, bekennende Europaskeptiker eine eigene Gruppe bilden, bedarf mitunter der besonderen Erläuterung. Für mich ist es ein Symbol der vielfältigen Demokratie in der Europäischen Union, dass auch jene zu Wort kommen, die den gesamten Einigungsprozess ablehnen. Kollegen berichten, dass derartige Stimmen in vielen Ländern zu hören sind. Nun waren auch im Wahlkampf für den Deutschen Bundestag die Plakate nicht zu übersehen, auf denen das „Raus aus dem Euro“ in großen Lettern gefordert wurde.

Zu den Lehren der friedlichen Revolution von 1989 gehört für mich, unbequeme (und auch unangenehme) Meinungen nicht totzuschweigen, sondern sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Offensichtlich sprechen die Europakritiker auch in Deutschland einer Reihe von Menschen aus dem Herzen. Gerade Politikern des bürgerlichen Spektrums sollte es darum wichtig sein, die Befürchtungen und zum Teil auch die Ängste, die damit verbunden sind, ernst zu nehmen und darauf Antworten zu geben. Und auch wir Christdemokraten – das zeigt die Vergangenheit mit vielen erfolgreichen Wahlen – dürfen dabei eigene Positionen hinterfragen: Nicht jede Modernisierung im Sinne des Zeitgeistes findet auch bei den Wählern Widerhall.

Für einen Euro bekommt man aktuell $\text{€} 1,30$. Von einer Krise des Euro kann man da wahrlich nicht sprechen. Deswegen: Es gibt keine Krise unserer Währung sondern die der Staatsfinanzen. Dieses Problem wird jedoch nicht mit kurzen und knalligen Slogans zu lösen sein. Ist „Raus aus dem Euro“ wirklich jenes Allheilmittel, als das es die Europaskeptiker immer darstellen? Keineswegs: Selbst jene Wirtschaftsfachleute, die stets kritisch auf den Kurs der Bundesregierung schauen, betonen, dass eine Flucht in eine wie auch immer geartete neue Deutsche Mark unübersehbare Konsequenzen hätte. Diese D-Mark würde gegenüber dem Euro stark aufgewertet – für die hiesige Exportindustrie wäre dies ein deutlicher Wettbewerbsnachteil. Für die verbliebenen Mitglieder der Währungsunion würden ohne den Stabilitätsanker Deutschland die Refinanzierungskosten deutlich steigen. Staatspleiten und Rezessionen wären die Folge – auch das ist nicht zum Vorteil Deutschlands.

Die Hauptforderung der Europaskeptiker lässt sich also mit wirtschaftlichen Argumenten entkräften. Zudem lohnt sich ein Blick auf die Basis der immer wieder vorgetragenen Forderung: Die angebliche Ablehnung der Gemeinschaftswährung durch eine Mehrheit in den Euro-Ländern. Genau das entspricht nämlich nicht den Tatsachen. Zwei Drittel der Deutschen haben mit dem Euro ihren Frieden gemacht, nur ein Viertel will zurück zur Mark, verkündete jüngst ein Meinungsforschungsinstitut. Womit sich wieder einmal zeigt, dass die Bürger klüger sind, als Texter in den Werbeagenturen glauben. Denn die Wähler haben längst erkannt, dass nicht der Euro das Problem in Europa ist, sondern die immer weiter aufgeweichten Stabilitätskriterien. Hier muss nach wie vor der Grundsatz gelten, dass aufgestellte Regeln auch umgesetzt werden. Dies entspricht im Übrigen auch der Politik von Angela Merkel, die von einer überwältigenden Mehrheit aller Deutschen unterstützt wird - weil sie wissen, dass diese Politik weitsichtiger ist als eine von den Europaskeptikern geforderte Auflösung der Eurozone und einer damit einhergehenden Auflösung der Europäischen Union.



„Komplizierte Probleme wie die der Staatsfinanzen sind nicht mit kurzen und knalligen Slogans zu lösen.“

Dr. Peter Jahr

Sachsen & Europa

Parlamentarismus in Europa – Treffen der Parlamentspräsidenten in Brüssel

Am 5. September 2013 besuchte der Präsident des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, MdL, das Europäische Parlament in Brüssel. Dies nahm der Europaabgeordnete Hermann Winkler zum Anlass, ein Gespräch mit dem Präsidenten



Dr. Rößler MdL (links) und Hermann Winkler MdEP zu Gast beim Präsidenten Martin Schulz MdEP (Mitte).

des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, MdEP, zu organisieren. „Es ist wichtig, dass Europa- und Landespolitik eng zusammen arbeiten. Denn Entscheidungen auf europäischer Ebene haben oft unmittelbar Auswirkungen auf die Landesebene.“, so Hermann Winkler. In dem Gespräch zwischen Rößler, Schulz und Winkler wurden die Auswirkungen europäischer Förderpolitik im Freistaat Sachsen, die demographischen Probleme in Chemnitz, die Uranbaufolgen im Erzgebirge sowie Veranstaltungen zum Völkerschlachtjubiläum besprochen. Übrigens erschienen diese für Sachsen wichtigen Inhalte auch nach persönlicher Kontaktaufnahme weder der Freien Presse noch der LVZ berichtenswert.

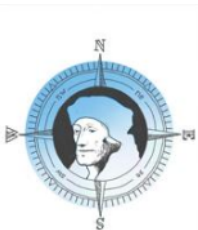
Europasommerfest von Dr. Peter Jahr im Kloster Buch bei Leisnig

Bei strahlendem Sonnenschein fand am 7. September 2013 das nun schon traditionelle Sommerfest des Europaabgeordneten Dr. Peter Jahr im Kloster Buch bei Leisnig statt. Die über 100 Gäste, darunter auch zahlreiche Politiker aus der Region wie die Bundestagsabgeordneten Veronika Bellmann und Marco Wanderwitz sowie der Landtagsabgeordnete Sven Liebhauser, konnten sich im Klostergarten nicht nur über die anstehende Bundestagswahl austauschen, sondern auch ihr Glück bei der Tombola versuchen. Die Einnahmen daraus werden wie jedes Jahr von Peter Jahr verdoppelt und kommen dann dem Kloster zu Gute, das Opfer des Juni-Hochwassers geworden ist.



Dr. Peter Jahr übergibt Tombola-Preis (2tägige Reise in den Bundestag nach Berlin).

Währenddessen die großen Gäste in Gespräche vertieft waren oder die Gemäuer des ehemaligen Klosters besichtigten, freuten sich die Kleinen über das Kinderschminken und die kindgerechten Informationen und Malbücher des Europäischen Parlaments. "Das machen wir schon über zehn Jahre und wird gern angenommen. Es ist ein lockeres Zusammensitzen." freut sich Peter Jahr abschließend.



Informationsveranstaltung zum neuen EU-Programm für Bildung, Jugend und Sport:

Am 8. November 2013 findet in den "Deutschen Werkstätten Hellerau" in Dresden eine Tagesveranstaltung zum Programm ERASMUS+ statt. Das Programm soll 2014 alle EU-Fördermöglichkeiten in den Bereichen Schulbildung, Hochschulbildung, berufliche Bildung, allgemeine Erwachsenenbildung, Jugend und Sport sowie für spezifische akademische Einrichtungen und Verbände, die zum Verständnis der europäischen Integration beitragen, in sich vereinen. Eine Anmeldung ist unter <https://www.jugendfuereuropa.de/veranstaltungen/erasmusplus/> möglich.

SÄCHSISCHE TERMINVORSCHAU

Hier finden Sie eine Auswahl von Terminen, bei denen Sie uns antreffen können. Weitere Informationen erhalten Sie auf der Website oder auf Anfrage.

- | | |
|-------------------|---|
| 20.09.2013 | Feierliche Eröffnung der Kohrener Landmolkerei in Penig mit Dr. Peter Jahr |
| 20.09.2013 | Teilnahme Dr. Peter Jahr am 16. Sächsischen Landesertedankfest in Delitzsch |
| 27.09.2013 | "Der Freistaat Sachsen in Europa - Erfolge und Herausforderungen" der CDU-Landtagsfraktion mit Hermann Winkler, Dr. Peter Jahr und Marko Schiemann MdL, Schloss Machern |
| 03.10.2013 | Feststunde zum Tag der Deutschen Einheit im Sächsischen Landtag mit Hermann Winkler, Dresden |
| 03.10.2013 | Informationsstand mit Hermann Winkler zum Bürgerfest am Goldenen Reiter in Dresden |
| 05.10.2013 | Gesprächsrunde mit Hermann Winkler und Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung i.R. des "Mitteldeutschland-Seminars" bei Porsche Leipzig |
| 11.10.2013 | Mitteldeutsches Energiegespräch mit Hermann Winkler in Leipzig |
| 11.10.2013 | Kreisparteitag des Kreisverbandes Mittelsachsen mit Dr. Peter Jahr |
| 12.10.2013 | Kreisparteitag des Kreisverbandes Vogtland mit Dr. Peter Jahr |

Sie möchten den Europabrief regelmäßig per E-Mail bekommen? Melden Sie sich an unter:
<http://www.hermann-winkler.de/de/buergerbrief/anmelde-formular>